

Zeit zum Einmischen

Ein Kommentar zum Fall NOKIA

Von Andreas Bangemann

Wenn Politiker unter Druck geraten, weil das Ergebnis ihrer Arbeit sich nicht als „Politik für das Volk“ darstellen lässt, dann wird schon mal zum Mittel der moralischen Verurteilung gegriffen. So auch im Fall Nokia.

■ Für Nokia gilt, was für jedes Unternehmen gilt: Es muss Gewinne erwirtschaften. Gelingt ihm das nicht, dann verschwindet es vom Markt. Das wiederum geht einher mit zum Teil massiven persönlichen Einschnitten im Leben der Betroffenen. Unternehmer, Manager und Mitarbeiter sind in einem solchen Fall gezwungen, ihr Glück an anderer Stelle zu suchen.

Die Politik muss auf dem Gebiet der Wirtschaft für einen Ordnungsrahmen sorgen, innerhalb dessen die Unternehmen ihr Streben nach Gewinn bestmöglich entfalten können. Gesunde Unternehmen sind das Herz eines intakten Gesellschaftsgefüges. Politik ist aber auch den Bürgern in ihrer Gesamtheit verpflichtet. Das Schaffen einer Ordnung, die es den Unternehmen nicht erlaubt dem Gemeinwohl zu schaden, gehört deshalb ebenfalls zu den wichtigen Aufgaben der Politik. So gesehen haben es Politiker schwerer als Unternehmer. Denn sie müssen verschiedene, manchmal auch scheinbar gegensätzliche, Interessenlagen berücksichtigen. Wenn von Seiten der Politik aber, wie jetzt geschehen, das Unternehmen NOKIA auf die Berücksichtigung moralischer Werte hingewiesen wird, so ist das scheinheilig. Erwartet man allen Ernstes, dass sich die Aktionäre eines Konzerns – und die sind es im Grunde, welche die Manager zu deren Handeln zwingen – für soziale Belange einsetzen, wenn dieses Verhalten zu Lasten der ihnen zustehenden Rendite geht? Das scheinbar unstillbare Gewinnstreben der Unternehmen wird angetrieben

von dem Wunsch der Geldanleger nach größtmöglicher Rendite.

Die Politiker stehen an den Werkstorten in Bochum und stimmen in den Schwanengesang der so schlimm gebeutelten Mitarbeiter des bösen Subventionsnomaden ein. Sie schimpfen über die unsittlichen Motive der Unternehmensführer und verdammen sie in die Heuschreckenhölle. Das ist blanker Populismus und lenkt nur von den eigenen Unzulänglichkeiten ab. Die Subventionspolitik von Bund und Land hat überhaupt nur dazu geführt, dass das Unternehmen den Standort erhalten hat. Durch die Subventionen aus Steuermitteln konnte der Konzern einen ausreichenden Gewinn erzielen. Andere Länder und Regionen wurden so als Wettbewerber um die Arbeitsplätze ausgestochen. Was wurde eigentlich aus den Menschen in jenen konkurrierenden, aber unterlegenen Regionen? Wie weit her ist es mit der Moral, wenn uns offenbar egal ist, wer auf dieser Welt seine Arbeit verliert oder erst gar keine bekommt, solange wir uns Bürgern Arbeitsplätze schaffen? Ist es zwingend, dass der „Kampf um Arbeitsplätze“ dazu führt, dass die Besiegten zu einem Leben in Unsicherheit oder Armut verdammt sind?

Doch solche Gedanken führen nur immer in die gleiche Sackgasse. Man gesteht damit dem Streben nach größtmöglicher Rendite den Rang eines unvermeidbaren Naturereignisses zu und konzentriert sich auf moralische Ap-

pelle an Einzelne. Wenn unstrittig ist, dass die Jagd nach steigenden Renditen das Hauptmotiv für die derzeit so schmerzlichen wirtschaftlichen Verwerfungen ist, müssen fundamental wichtige Fragen gestellt und erörtert werden.

Warum sind alle auf einer immer schneller werdenden Jagd nach immer noch größeren Renditen?

Ist ein System denkbar, das menschlichen Eigennutz mit der Verantwortung für das große Ganze vereinen lässt?

Ich behaupte ja. Und ich behaupte weiter, dass das sogar auf eine Weise möglich ist, welche die Freiheit des Einzelnen gegenüber dem heutigen Zustand vergrößert. Vielleicht würden sich diejenigen in ihrer Freiheit eingeschränkt fühlen, welche es gewohnt sind, Macht durch Geld auszuüben, aber auch sie würden bald die Vorzüge einer etwas entspannteren, weil sozial ausgeglicheneren Gesellschaft erkennen. Es ist gut und richtig, wenn Unternehmen wie Nokia die Macht der Verbraucher zu spüren bekommen, indem man deren Produkte boykottiert. Es ist gut und richtig, wenn sich Menschen mit betroffenen Arbeitnehmern solidarisieren, ihnen Mut machen und sie unterstützen.

Es ist auch gut und richtig, weil dadurch eine Kultur des politischen Einmischens gepflegt wird, die gerade bei uns in Deutschland mehr und mehr zu verkümmern scheint. Aber dieses Engagement darf nicht an den Grenzen des Betriebsgeländes von Nokia in Bochum aufhören. Die fundamentalen Fragen müssen auf die große politische Bühne und müssen dort solange bleiben bis Lösungen gefunden sind, sonst wird sich in Zukunft überhaupt nichts ändern. Die Politik ist eng verwoben mit dem wirtschaftlichen System und seinem Streben nach größtmöglichem Gewinn. Es bedarf des Machtworts der Bürger. Wenn wir unseren gewählten Vertretern Unfähigkeit vorwerfen, befinden wir uns wieder auf dem Niveau der moralischen Individualschelte. Deren Unfähigkeit beweist nur unsere eigene Unfähigkeit. Möglichst viele Bürger müssen sich einbringen, damit sich etwas ändert. Und wir müssen es jetzt tun. ■